



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.07.2021 (öffentlicher Teil)

Sitzungsraum: Videokonferenz
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16.33 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende

Herr Stadtrat Schomaker
Herr Bürgermeister Neuhoﬀ bis 17.00 Uhr
Frau Stadträtin Dr. Gatti
Herr Stadtrat Dr. Eversberg

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Kurutlu
Frau Stadtverordnete Mollenhauer
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Herr Stadtverordneter Holz
Herr Stadtverordneter Müller
Herr Stadtverordneter Raschen
Herr Stadtverordneter Strauch

Fraktion DIE GRÜNEN PP

Herr Stadtverordneter Kaminiaz
Herr Stadtverordneter Labetzke
Herr Stadtverordneter Dr. Lamy
Herr Stadtverordneter Schott bis 17.00 Uhr

BIW-Fraktion

Herr Stadtverordneter Grotheer

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Brand entschuldigt
Herr Stadtverordneter Kocaaga

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Grotelüschen

Gruppe Alternative für Deutschland

Herr Stadtverordneter Koch

Einzelstadtverordnete

Frau Stadtverordnete Knorr

Weitere Teilnehmer:

Baureferat:	Frau Imrie, Frau Neumann-Gaida
Stadtplanungsamt:	Frau Kountchev
Vermessungs- und Katasteramt:	Herr Kewes
Bauordnungsamt:	Herr Bade
Amt für Straßen- und Brückenbau:	Herr Wagener
Umweltschutzamt:	Herr Becker
Gartenbauamt:	Herr Reinicke
Rechnungsprüfungsamt:	Herr Dickel
Personalrat Bauverwaltung und Gartenbauamt:	Herr Saß
Gesamtpersonalrat	Frau Hansing
Vertrauensperson der Schwerbehinderten:	Frau Lewandowski
Frauenbeauftragte Bereich Bauverwaltung:	./.
Jugendklimarat	Herr Jonas Ehlers

Herr Stadtrat Schomaker eröffnet auch im Namen von Bürgermeister Neuhoﬀ, Stadträtin Dr. Gatti und Stadtrat Dr. Eversberg die Sitzung. Des Weiteren erklärt er, dass die Einladung, Tagesordnung und Vorlagen fristgerecht versandt wurden.

Herr STR Schomaker verweist auf die Handreichung zur Durchführung einer Videokonferenz (Viko-Kodex). Er bittet alle Teilnehmenden, insbesondere die Mikrofone auf stumm zu schalten und für Wortmeldungen ausschließlich die Chatfunktion zu verwenden. Die Sitzung wird im Internet als Livestream übertragen, so dass aus datenschutzrechtlichen Gründen Herr STR Schomaker darum bittet, dass möglichst auf die Verwendung personenbezogener Daten verzichtet wird. Der Livestream steht nur für die Dauer des öffentlichen Teils der Sitzung zur Verfügung und wird danach unmittelbar gelöscht.

Des Weiteren teilt STR Schomaker mit, dass STV Dr. Lamy aus beruflichen Gründen unter Umständen sich erst später zur Sitzung zuschalten kann und dass STV Schott die Sitzung gegen ca. 17.00 Uhr verlassen wird, da er einen Impftermin wahrnehmen will. Weiterhin gibt er bekannt, dass STV Brand heute durch STV Kocaaga vertreten wird.

Bezüglich der Tagesordnung wird seitens des STV Kaminiaz beantragt, den Tagesordnungspunkt 5.1 (Vorlage II 13/2021) und den Tagesordnungspunkt 6.4 (Vorlage VI 57/2021) auf einen späteren Zeitpunkt zu verlagern. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5.1 auf die nächste Sitzung am 13.09.2021 zu verschieben und zu dem Thema Experten zur Sitzung einzuladen. Der Tagesordnungspunkt 6.4 soll im Rahmen einer Sondersitzung ebenfalls unter Beteiligung von Experten behandelt werden. Seitens des Bau- und Umweltausschusses wird diesem Antrag einstimmig gefolgt. Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 6.4 werden somit entsprechend des Antrages auf den 13.09.2021 sowie auf einen noch zu findenden Termin einer Sondersitzung verlagert.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Straßenausbaubeiträge VI 63/2021

Name, Vorname des Fragestellers:	Lang, Hero
Datum der Anfrage:	06.07.2021
Thema der Anfrage:	Straßenausbaubeiträge
Angefragt:	STV Allers, STV Raschen

Sehr geehrter Herr Allers
Sehr geehrter Herr Raschen (ersatzweise)

Streit um Straßenbaubeiträge

in der Nordsee-Zeitung vom 26.06.2021 war zu lesen, dass der Senat Bremen die anteiligen Strassenbau-Kosten für die Anlieger zukünftig ersatzlos streichen möchte. Der Magistrat (Baustadtrat Schomaker) sperrt sich dagegen, weil seiner Meinung nach Milliarden ?? Forderungen auf die Stadt zu kommen könnten. Leider finde ich dieses Thema nicht auf der Tagesordnung des BUA daher Heute meine

Fragen : wir haben in Bremerhaven immer noch eine parlamentarische Demokratie, dass heisst die Stadtverordneten beschließen in ihrer Versammlung was gemacht werden soll oder ist es hier nun umgekehrt und der Magistrat gibt Anweisung was die Stadtverordneten beschließen sollen ?

Welche Antworten hat die regierende Koalition für die Grundstückseigentümer der Stadt ?

Wie wird das Thema in den Fraktionen behandelt, diskutiert ?

Werden die Anlieger-Straßenbaubeiträge wie in Bremen vorgeschlagen künftig entfallen ?

STR Schomaker verliest die Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang und bittet STV Allers um die Beantwortung. Aufgrund technischer Probleme ist es STV Allers nicht möglich, die Antwort zu verlesen. STV Raschen, der ersatzweise angefragt wurde, liegt die Antwort nicht vor. Es wird daher seitens des Ausschusses beschlossen, dass Herrn Lang die Beantwortung der Frage durch das Baureferat zugesandt und dem Protokoll beigelegt wird

Antwort zu Frage 1:

Die Verfassung für die Stadt Bremerhaven stammt vom 4. November 1947. Bremerhaven hat seit 1947 eine frei gewählte parlamentarische Demokratie mit unabhängig gewählten Bürgerinnen und Bürgern als Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Eine Weisungsbefugnis des Magistrats ist in der Verfassung nicht vorgesehen.

Grundsätzlich ist zunächst festzuhalten, dass die Regelungen des Erschließungsbeitragsrechtes Bundes- aber auch Länderangelegenheiten sind. Eine kommunale Angelegenheit nur bedingt.

Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen basiert grundsätzlich auf Bundesrecht und findet seine rechtlichen Grundlagen in den Vorschriften der §§ 127 bis 135 des Baugesetzbuches, sofern jedenfalls keine landesrechtlichen Regelungen existieren. Es ist nun allerdings erstmalig durch Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beabsichtigt, das für das Land Bremen geltende bundesrechtliche Erschließungsbeitragsrecht in ein landesrechtliches Erschließungsbeitragsrecht zu überführen bzw. es durch landesrechtliche Vorschriften zu ergänzen. Diese Änderungen wären dann im Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz zu verankern. Im Rahmen des diesbezüglichen Beteiligungsverfahrens wurde der Magistrat zu einer Stellungnahme aufgefordert. Bereits im Schreiben vom 10.11.2020 hat der Magistrat (Dezernat VI) der Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine ausführliche Stellungnahme zu den rechtlichen Problemen der geplanten Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes und den für die Stadt Bremerhaven daraus resultierenden finanziellen Folgen übermittelt. Die Senatorin ist eine Rückmeldung bisher schuldig geblieben.

Für eine Verankerung des Erschließungs- und Beitragsrechts im Gebühren- und Beitragsgesetz (Landesgesetz) ist von dieser Seite aus gesehen die Bremische Bürgerschaft daher der richtige Adressat.

Antwort zu Frage 2:

Für die Koalition kann ich nicht antworten. Die SPD erwartet eine konkrete finanzielle Unterstützung der Kommune Bremerhaven, in der klar dargestellt ist, wie sich die verantwortliche Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Umsetzung einer neuen Erhebungsstruktur vorstellt. Wenn diese vorliegt, können Grundstückseigentümer und Grundstückseigentümerinnen das bewerten. Die Senatorin ist in der Verantwortung Gespräche mit der Stadt Bremerhaven zu führen. Dieses ist in den letzten 8 Monaten nicht passiert, wie ich in meiner Antwort zu Frage 1 schon ausführte. Der Magistrat hat bisher auf Schreiben keine Rückmeldung erhalten laut meiner Kenntnis.

Antwort zu Frage 3:

In Frage 1 habe ich darauf hingewiesen, dass grundsätzlich zunächst festzuhalten ist, dass die Regelungen des Erschließungsbeitragsrechtes Bundes- aber auch Länderangelegenheiten sind. Eine kommunale Angelegenheit nur bedingt. Somit ist zuerst eine parlamentarische Beratung in der Bremischen Bürgerschaft notwendig. Daraus ergeben sich möglicherweise weitere parlamentarische Beratungen und Entscheidungen im Stadtparlament der Stadt Bremen und in der STVV der Stadt Bremerhaven.

Antwort zu Frage 4:

Vorab: Eine generelle Abschaffung der Erschließungsbeiträge ist durch Frau Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gar nicht beabsichtigt. Vielmehr soll die Beitragspflicht nur für bestimmte Straßen entfallen. Der Eindruck, dass es sich um alle Straßen handelt, ist für die Öffentlichkeit und die Bevölkerung irreführend. Eine umfassende finanzielle Entlastung ist gar nicht geplant und vorgesehen.

Der Begriff „Anlieger-Straßenbaubeiträge“ existiert rechtlich nicht. Hier ist zunächst zu unterscheiden zwischen Erschließungsbeiträgen für die erstmalige endgültige Herstellung einer Straße einerseits und Straßenausbaubeiträgen für die Verbesserung oder Erweiterung einer Straße im Zuge der zweit-/mehrmaligen Herstellung andererseits. **Die von der Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) angestrebte Gesetzesänderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes betrifft ausschließlich Regelungen zu Erschließungsbeiträgen!**

Das Ansinnen der Senatorin beruht auf einer Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts.

Hier ging es darum, dass die Beitragspflichtigen nicht zeitlich unbegrenzt im Unklaren gelassen werden dürfen, ob sie noch zu entsprechenden Beiträgen herangezogen werden.

Hier muss der Landesgesetzgeber entsprechende Fristen regeln. Bezüglich des rechtlichen Anknüpfungspunktes hinsichtlich einer solchen Frist bestehen jedoch gegensätzliche Auffassungen zwischen Bremen und Bremerhaven.

In der Stellungnahme des Magistrats vom 10.11.2020 wurden gravierende rechtliche Bedenken geäußert. Die beabsichtigte Änderung ist aus der Sicht Bremerhavens in der dargestellten Form rechtlich so nicht möglich, da hier lediglich auf die Benutzbarkeit einer Straße durch den öffentlichen Verkehr abgestellt wird und nicht auf den Eintritt einer konkreten Vorteilslage – im Erschließungsbeitragsrecht ist dies nach ständiger Rechtsprechung stets die endgültige Herstellung einer Straße. (Schlussdecke). Die Senatorin Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) läuft somit konträr zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts. Sofern sich die Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes analog zur höchstrichterlichen Rechtsprechung auf den Eintritt der Vorteilslage, also auf den Zeitpunkt der endgültigen Herstellung einer Straße stützen würde- und eben nicht wie aktuell lediglich auf eine Benutzbarkeit der Straße – wäre eine zeitliche Grenze sicherlich als unkritisch zu betrachten.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2019-2023 am 18.05.2021 **VI 49/2021**

Diskussionsteilnehmer/innen: BM Neuhoff, STV Mollenhauer, Frau Imrie.

STV Mollenhauer weist zu TOP 6.8 (Vorlage VI 41/2021) darauf hin, dass die Summe der Komplementärmittel der Nr. 1-3 nicht 784.000 €, sondern nur 84.000 € beträgt. Das Amt 66 wird dieses entsprechend berücksichtigen. Seitens des Ausschusses wird dieses zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung vom 18.05.2021 in der vorgelegten Fassung.

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV **VI 59/2021**

Diskussionsteilnehmer/innen: STR Dr. Gatti, STV Kaminiarz, Knorr.

STR Dr. Gatti erläutert, dass unter den laufenden Nummern 1, 2 und 4 des Sachstandsberichtes des Umweltschutzamtes ein neuer Sachstand bekannt zu geben ist.

Laufende Nr. 1:

Aufgrund von Terminschwierigkeiten des Gutachters wird eine erste Lesefassung erst Anfang/Ende September vorliegen.

Laufende Nr. 3:

Die Förderrichtlinie wurde am 12.07.2021 im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen veröffentlicht. Anträge können nun gestellt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit folgt.

Laufende Nr. 4:

Es findet zurzeit eine Variantenprüfung der Umsetzung statt. Danach folgt eine Vorlage für den Bau- und Umweltausschuss.

STV Knorr bittet im Sachstandsbericht des Wirtschaftsbetriebes Seestadt Immobilien darum, nochmals eine aktive Bewerbung der Flächen vorzunehmen. Der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien wird sich diesbezüglich nochmal mit der Stäwog in Verbindung setzen. Seitens des Ausschusses ist die Vorlage noch nicht als erledigt zu betrachten.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den anliegenden Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorträge

Keine.

BM Neuhoff übernimmt den Vorsitz.

5. Vorlagen des Dezernats II

- 5.1. **Antrag StVV - AT 4/2021 "Maßnahmen gegen den Klimawandel – Aufbau einer Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Fahrzeuge in Bremerhaven" (Grüne PP)** **II 13/2021**

Die Vorlage wurde auf den 13.09.2021 vertagt.

STR Schomaker übernimmt den Vorsitz.

6. Vorlagen des Dezernates VI

- 6.1. **Sanierung eines Teilabschnittes der Stresemannstraße, von der Jan-Grön-Str. bis ca. zur Melchior-Schwoon-Str. - Vergabeermächtigung** **VI 50/2021**

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI eine Ausschreibung der Baumaßnahme zu erstellen.

Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten für die Sanierung eines Teilabschnittes der Stresemannstraße.

Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.

Der Beschluss ergeht bei 5 Enthaltung (STV Kaminiarz, Labetzke, Schott, Kocaaga, Knorr).

- 6.2. **Sanierung eines Teilabschnittes der Cherbourger Straße (Wurster Straße) Tunnelausfahrt Nord bis Grauwallring) - Vergabeermächtigung** **VI 51/2021**

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI eine Ausschreibung der Baumaßnahme zu erstellen.

Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten für die Sanierung eines Teilabschnittes der Cherbourger Straße.

Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

- 6.3. Vergabeermächtigung - Sanierung Rainer-Maria-Rilke-Weg zwischen Rickmersstraße und Batteriestraße** **VI 54/2021**
- Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.
- Beschluss:**
Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI eine Ausschreibung der Baumaßnahme zu erstellen.
- Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten für eine Verbesserung des Rainer-Maria-Rilke-Weges für den Radverkehr.
- Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.
- Der Beschluss ergeht einstimmig.
- 6.4. Antrag StVV - AT 12/2021 (GRÜNE PP) (§ 36 GStVV) - Vorbei mit heimlich, still und leise: Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2021-2025 mit breiter Beteiligung der Bürger*innen und mit politischen Beschlüssen der gewählten Vertreter*innen** **VI 57/2021**
- Die Vorlage wird auf einen späteren Termin vertagt.
- 6.5. Aufstellung der Haushalte 2022/2023, Ausschussbereich 6 "Bau- und Umwelt"** **VI 56/2021**
- Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.
- Beschluss:**
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügten Haushaltsplan-Teilentwürfe 2022/2023, die im Rahmen der vorgegebenen Eckwerte aufgegeben wurden sowie die konsumtiven und investiven Veränderungsbedarfe der Dezernate II, VI, VII und IX, vorbehaltlich der Haushaltsberatungen zur Kenntnis.
- 7. Vorlagen des Dezernates VII**
Keine.
- STR Dr. Gatti übernimmt den Vorsitz.
- 8. Vorlagen des Dezernats IX**
- 8.1. Überarbeitete Website des Klimastadtbüros - Beschluss zur BUA-Vorlage Nr. VI 14/2020** **IX 2/2021**
- Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.
- Beschluss:**
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt von der Umgestaltung der Website des Klimastadtbüros (www.klimastadt-bremerhaven.de) als digitale Anlaufstelle für lokale Klimaschutzthemen (Vernetzung, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Informationsbereitstellung) Kenntnis.

8.2. Antrag zum Stellenplan 2022/2023 IX 7/2021
Umweltschutzamt (Amt 58; Klimaanpassungsmanagement)

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer Förderzusage durch den Projektträger Jülich (ptj) der Neuschaffung einer bis 31.12.2024 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für das Klimaanpassungsmanagement mit einem Wochenstundenanteil von 39 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.

Der Beschluss ergeht
bei 1 Gegenstimme (STV Koch).

8.3. Antrag zum Stellenplan 2022/2023 IX 8/2021
Umweltschutzamt (Amt 58; Sanierungsmanagement Klimameile Alte Bürger)

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer Förderzusage durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) der Neuschaffung einer bis 31.12.2026 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für das Sanierungsmanagement für die Klimameile Alte Bürger mit einem Wochenstundenanteil von 39 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.

Der Beschluss ergeht
bei 1 Gegenstimme (STV Koch).

8.4. Antrag zum Stellenplan 2022/2023 IX 9/2021
Umweltschutzamt (Amt 58; Jugendklimarat)

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt vorbehaltlich der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel sowie unter dem Vorbehalt einer verbindlichen Förderzusage des Projektträgers Jülich (ptj) der Schaffung einer bis 31.12.2026 befristeten Stelle eines Stadtangestellten (m/w/d) im Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes für die Unterstützung des Jugendklimarats mit einem Wochenstundenanteil von 19,5 Stunden gemäß dem anliegenden Stellenplanantrag zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen.

Der Beschluss ergeht
bei 2 Gegenstimmen (STV Koch, Grotheer).

STR Schomaker übernimmt den Vorsitz.

9. Verschiedenes

9.1. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

9.2. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9.3. Mitteilungen

9.3.1. Sachstandsbericht Problemimmobilien des Bauordnungsamtes zum Thema "Problemimmobilien" VI 61/2021

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Sachstandsbericht (Stand 01.07.2021) des Bauordnungsamtes zum Thema „Problemimmobilien“ zur Kenntnis.

BM Neuhoff übernimmt den Vorsitz.

9.3.2. Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand und zur Verlängerung des Bewilligungsbescheides des Förderprojektes „Kurs Klimastadt BREMERHAVEN – Fahr(G)Rad 8 (03KBR0080)“ – Radwegachse Wulsdorf II 12/2021

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Erläuterungen zum Umsetzungsstand und zur Verlängerung des Bewilligungsbescheides des Förderprojektes „Kurs Klimastadt BREMERHAVEN – Fahr(G)Rad 8 (03KBR0080)“ – Radwegachse Wulsdorf zur Kenntnis.

9.3.3. Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen für die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für Bremerhaven II 14/2021

Diskussionsteilnehmer/innen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Erläuterungen zum Sachstandsbericht und zum weiteren Vorgehen für die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für Bremerhaven zur Kenntnis.

STR Dr. Eversberg übernimmt den Vorsitz.

9.3.4 **Großer Bärenklau**

Zum Thema „Bekämpfung von invasiven Pflanzen – hier Großer Bärenklau“ erklärt Herr Dr. Eversberg die Bearbeitung der betreffenden Flächen inkl. Entsorgung der Pflanzen über die MBA und kündigt eine entsprechende Bestandsliste des Gartenbauamtes für das Protokoll an (Anlage zum Protokoll).

9.3.5 **Thieles Garten**

Herr Dr. Eversberg kündigt eine längere Sanierungsphase an den Figuren in Thieles Garten und damit verbunden eine Absperrung des Venusbrunnens an.

Vorsitzender Dezernat II Vorsitzende Dezernat VI Vorsitzender Dezernat VII Vorsitzende Dezernat IX

gez.	gez.	gez.	gez.
Neuhoff Bürgermeister	Schomaker Stadtrat	Dr. Eversberg Stadtrat	Dr. Gatti Stadträtin
Schriftführerin			
gez.			
Imrie Oberamtsrätin			